

„Hier läuft eine Posse ohne Ende“

PINNEBERG: Thema Redezeitbegrenzung sorgt für Zoff

Soll die Redezeit im Kreistag pro Tagesordnungspunkt auf acht Minuten pro Fraktion begrenzt werden? Ein Thema, über das die Politiker weit mehr als eine Stunde debattierten. Zum Nachteil der Haushaltsberatungen: Die wurden aufgrund der fortgeschrittenen Zeit um eine Woche vertagt.

VON ANUSCHKA UNGER

Nein, mit kurzen knackigen Kommentaren halten sich die Mitglieder des Kreistags nur vereinzelt auf. Zu viel haben sie zu sagen. Mit Recht, wie Hans-Peter Stahl (SPD) betont. Schließlich seien sie gewählte Vertreter und müssten sich gründlich mit den Themen auseinandersetzen. Eine Redezeitbegrenzung würde der politischen Debatte schaden.

Ebendiese sah jedoch die neue Geschäftsordnung des Kreistags vor, die anlässlich der jüngsten Sitzung beraten und genauso – so war es geplant – verabschiedet werden sollte. Acht Minuten Zeit pro Tagesordnungspunkt und Fraktion sah der Entwurf vor.

Ein Vorschlag, der eine eineinhalbstündige Debatte über das Recht der Meinungsäußerung und Zeitverschwendung im Allgemeinen und Selbstdisziplin im Besonderen heraufbeschwor.

Die Wut Einzelner fokussierte sich zudem auf einen weiteren Punkt: Nämlich den, dass zwar die Redezeit verlängert werden kann – dafür jedoch die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten stimmen muss. „Das ist eine Benachteiligung der kleinen Fraktionen“, rief Stahl. Die politische Mehrheit könne sich so viel Redezeit einräumen, wie sie wolle. Mit

ein Grund, warum die SPD-Fraktionen in einem Antrag die Streichung dieser Punkte forderte.

Oder hätte es doch Vorteile? „Es gibt nicht mehr viele Bürger, die uns zuhören“, konstatierte Michael Hirsekorn (CDU). Das hänge auch mit den zu langen Beiträgen zusammen. Und was die Verlängerung und den Mehrheitsentscheid betrifft: „Da werden wir fair mit umgehen“, beton-

te der Christdemokrat – und erntete ungläubiges Schmunzeln der Oppositionsvertreter.

„Wie wollen Sie das denn überhaupt durchsetzen“, wandte sich Grünen-Fraktionssprecher Thomas Giese an den Kreistag. Selbstdisziplin sei in Ordnung, aber doch nicht in eine Verordnung gegossen. „Das Rede-recht“, so ergänzte Helmuth

„Wie wollen Sie das denn überhaupt durchsetzen?“

Thomas Giese, Grünen-Fraktionssprecher



Das Kreishaus – Schauplatz einer langwierigen Debatte über das Für und Wider von Redezeitbeschränkung. Foto: Linsner

Jahnke (SPD), „ist mit das wichtigste Recht eines Abgeordneten.“ Und ein Recht, auf das die Linken nicht verzichten wollten – selbst wenn sie dafür mit harten Bandagen kämpfen müssten, wie Claus-Peter Matetzki klarstellte. „Wenn Sie das verabschieden, werden wir es rechtlich prüfen lassen.“

Rückendeckung für die Kritiker gab's auch von Grünen-Vertreter Peter Hölzel: „Welche demokratische Grundeinstellung steht hinter der Idee? Wie kann man einem gewählten Repräsentanten so radikal

das Wort verbieten?“ Da könne ja gleich von zuhause aus per Internet abgestimmt werden. Dass die Idee „doch nur ein Witz ist“, betonte Burghard Schalhorn von der Wählergemeinschaft. „Warum wollen wir uns draußen lächerlich machen?“, fragte er in die Runde, die mit fortschreitender Stunde immer ausgelassener wurde: Gelächter löste Zwischenrufe wie „Selbstdisziplin, nicht Selbstdarstellung“ ab.

Schlussendlich trat CDU-Fraktionschefin Heike Beulmann ans Mikrofon und

erklärte: „Wir werden den SPD-Antrag unterstützen.“ Damit war die Redezeitbegrenzung vom Tisch – nicht aber die Reden.

„Ich habe mich gut beraten, an der Diskussion nicht teilzunehmen“, sagte Klaus G. Bremer (FDP), als er sich darauf ans Pult begab. „Was hier läuft ist eine Posse ohne Ende.“ Zum Nachteil für die ursprünglich angesetzten Haushaltsberatungen – diese mussten angesichts der langen Diskussion abgesetzt und auf kommenden Mittwoch vertagt werden.

▶ AUS DER KREISTAGS-SITZUNG



Hans-Peter Stahl (SPD) erbot sich über die Redezeitbeschränkung.



Michael Hirsekorn (CDU) versprach Fairness in puncto Redezeitverlängerung.



Thomas Giese (Grüne) interessierte sich vor allem für die Konsequenzen.



Burghard Schalhorn (kWGp) hielt die ganze Idee für einen Witz.



Claus-Peter Matetzki (Linke) kündigte eine juristische Prüfung an.



Klaus G. Bremer (FDP) hielt sich aus der Debatte um die Redezeit raus.